

„Herr Hellmann, verwalten Sie unser Defizit“

Obernkirchen. Stadtmarketing und Aufgabenkritik - an diesen beiden Themen scheiden sich die Geister der SPD-Ratsfraktion und der Mehrheitsgruppe "Mitte". Beate Krantz (CDU) unterbreitete in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation den Vorschlag, mehr Geld für diese Punkte im Haushalt 2003 einzustellen. Bei beiden Vorstößen stieß Sie bei den SPD-Ausschussmitgliedern auf Granit - und vor allem Unverständnis.

Ein Beispiel dafür, was Beate Krantz bei dieser Diskussion im Hinterkopf hat, ist die Vermarktung des Geländes der "Harden Barracks". Der Investor, der hier ein großes Wohnbaugebiet geplant hatte, ist abgesprungen (wir berichteten). Weder die Verwaltung noch die Politik, so Krantz, könne auf ausreichend Zeit, Erfahrung und hilfreiche Kontakte zurück greifen, um die Vermarktung neu anzugehen. "Dafür brauchen wir externe Unterstützung." Schon in der vorherigen Sitzung am vergangenen Montag hatten die Ausschussmitglieder lange um einen Kompromiss zum Thema Stadtmarketing gerungen. Die "Mitte" wollte im Haushalt 15 000 Euro einplanen, der SPD war das zu viel. Man einigte sich auf einen Zwei-Drittel-Zuschuss, höchstens jedoch 10 000 Euro, zu den Kosten für einen weiterführenden Auftrag für das Stadtmarketing-Büro, das nach der Auftaktveranstaltung im vergangenen Sommer jetzt auch die Umsetzung einiger Ideen und Projekte begleiten soll. "10 000 Euro - das reicht nicht", schob Krantz die Diskussion jetzt noch einmal neu an. Einigen aus den Reihen der SPD ist aber schon das zu viel.

Stadtmarketing sei eine "Aktion von vier Vereinen", argumentierte Rosemarie Fichtner. Sie lobte zwar die gelungene Auftaktveranstaltung im vergangenen Sommer und die daraus entstandenen Bemühungen - mittlerweile trifft sich regelmäßig eine Stadtmarketing-Arbeitsgruppe, um Ideen und Projekte von dem Forum im Sommer anzuschieben -, die Stadt könne es sich aber nicht leisten, weiter "so teure Referenten" zu engagieren, die im Prinzip doch nur das formulieren würden, was im Grunde genommen die Politiker auch selber wüssten, so Fichtner.

Die SPD-Ratsfrau erzählte, dass sie von mehreren Bürgern angesprochen worden sei, die sich nicht vorstellen könnten, was sich hinter der Bezeichnung "Stadtmarketing" verbirgt. Und Fichtner gestand, ihrerseits Probleme zu haben, Bürgern Sinn und Zweck dieser Ausgabe im Haushalt zu erklären. Beate Krantz bemühte sich, dem abzuhelpen: Stadtmarketing sei so etwas wie die letzte Chance, Obernkirchen voranzubringen. "Andere Städte leisten sich einen Stadtmanager", versuchte sie in Erinnerung zu rufen, dass, 10 000 oder 15 000 immer noch das absolute Minimum dessen sei, was eine Stadt in diesem Bereich leisten müsse. Das Vorgehen der vier Obernkirchner Vereine (Wirtschaftsförder-, Verkehrs- und Verschönerungsverein, "Haus & Grund" und Lokale Agenda) sei vielversprechend, aber alleine könnten sie ihre Ideen nicht umsetzen. "Wir können doch nicht nur vom Prinzip Hoffnung leben", warf Bürgermeister Horst Sassenberg (CDU) ein. "Dann könnten wir uns auch gleich hinsetzen, die Hände in den Schoß legen und sagen: Herr Hellmann, verwalten Sie unser Defizit", so Krantz weiter. Der Stadt selbst bliebe angesichts der Haushaltssituation so gut wie kein Gestaltungsspielraum mehr. Um so wichtiger sei das Engagement der Vereine - und um die Bedeutung zu betonen, sei ein Zeichen der Stadt, zumindest ein Zuschuss, wichtig. Die SPD bestand aber auf einer klaren Regelung, dass es bei einem Zwei-Drittel-Zuschuss bleibt. Die Vereine oder das Stadtmarketing-Büro sollen sich selbst um die restliche Finanzierung kümmern und eventuell Fördertöpfe anzapfen. Die 10 000 Euro werden also nicht in jedem Fall voll gezahlt, wenn sich die Vereine ihrerseits nicht um Einnahmen für den Stadtmarketing-Prozess kümmern.

Bei dem Vorschlag von Beate Krantz, außerdem 10 000 Euro für die von der Bezirksregierung und kommunalen Aufsichtsbehörde seit Jahren immer wieder angemahnten "Aufgabenkritik" einzuplanen, und die Verwaltung von Externen nach weniger Ausgabe- und mehr Einnahmemöglichkeiten durchforsten zu lassen, zeigte sich die SPD aber nicht kompromissbereit. "Das ist herausgeschmissenes Geld", machte Adolf Bartels unmissverständlich klar. Auch er brachte das Argument: "Was diese Externen herausfinden, wissen wir selbst, nur sind das eben die unangenehmen Themen, an die wir uns nicht heran trauen." Das Statement des Stadtkämmerers gleich zu Beginn der Sitzung passte in dieses Bild: "Ihre Konsolidierungsvorschläge sind nach Auffassung der Verwaltung bei weitem nicht ausreichend", warf er den Politikern vor. Sie hatten mehrere unangenehme, dem Bürger und Wähler gegenüber wenig populäre, Vorschläge der Verwaltung gekippt, unter anderem die Zusammenlegung der Ortsfeuerwehren, die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer sowie das Zur-Kasse-Bitten von Vereinen für die Nutzung der Sportstätten. Der Krantz-Vorschlag zur Aufgabenkritik wurde bei einer Enthaltung auf Seiten der "Mitte" mit vier Ja- und vier Nein-Stimmen abgelehnt.